



BürgerInnenbrief

Abgeordnete der Fraktion

DIE LINKE.

in der Hamburgischen
Bürgerschaft

1. Mai: im Netz, ohne Nazis +++ Corona & Bürgerschaft +++ Verkehrsplanung +++ Christiane Schneider: (kein) Abschied

Liebe Leserinnen und Leser,



Foto: Michael Joho

»bleib gesund« - wer hätte sich Anfang des Jahres vorstellen können, dass wir damit jedes Gespräch, jede E-Mail, jeden Brief beenden. Im Januar, also vor gut drei Monaten, fing gerade die heiße Phase des Wahlkampfes an. Meldungen über das Coronavirus wurden nur am Rande wahrgenommen, mit der Bezeichnung COVID-19 konnte kaum jemand was anfangen. Die Bürgerschaftswahl vom 23. Februar, die uns als LINKE mit 9,1% immerhin einen kleinen Zuwachs einbrachte, während alle anderen Parteien außer den Grünen Verluste hinnehmen mussten, ist gefühlt Jahre weit weg.

Die im März aufgrund der Corona-Pandemie erfolgte Schließung der Schulen, Kitas, Geschäfte, Restaurants, Theater, Clubs, Sporteinrichtungen usw. wurde verbunden mit Kontaktsperren und Mindestabstand. Auch wenn viele den Begriff »Lockdown« vorher nicht kannten - was er bedeutet, ist täglich zu sehen und zu spüren. Fast alles ist heruntergefahren, eingeschränkt, abgeriegelt. Kurzarbeiter_innen, Soloselbständige, kleine Unternehmen und viele mehr fürchten um ihre Existenz. Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich, im Lebensmittelhandel schufteten bis zum Umfallen. Applaus haben sie dafür vielfältig bekommen, eine bessere Be-

zahlung für die jetzt als »Leistungsträger_innen« erkannten Arbeitnehmer_innen in den unteren Lohngruppen ist überfällig.

Wie es weitergeht, was die viel besprochene »neue Normalität« in den nächsten Monaten oder gar Jahren sein wird, sind offene Fragen. Fast täglich ändern sich Erkenntnisse und Bewertungen, wird z.B. umgeschaltet von »Masken sind nicht erforderlich« zu einer Maskenpflicht. Gefühlt entwickelt sich gerade die Hälfte der Hamburger_innen zu Virolog_innen und Epidemiolog_innen, entsprechend vielfältig und widersprüchlich sind die Einschätzungen und Forderungen.

Als LINKE in der Bürgerschaft haben wir viele Maßnahmen des Senats mitgetragen. Einschränkungen des öffentlichen Lebens, des Arbeitens, der Schule und Kita, der Grundrechte sind befristet hinnehmbar, solange sie dem Ziel dienen, die Kurve der Neuinfektionen und der Todesfälle möglichst flach zu halten. Eine nachhaltige Bewältigung der Krise erfordert den Blick auf alle Gesellschaftsbereiche, muss den Menschen und die sozialen Auswirkungen in den Mittelpunkt stellen, muss aus dem Scheitern des kapitalistischen Systems und der Privatsierungen vor allem im Gesundheitsbereich

Konsequenzen ziehen. Das können und wollen wir dem Senat nicht allein überlassen. Deshalb fordern wir für Hamburg eine Corona-Kommission, die auf Grundlage valider Daten und wissenschaftlicher Erkenntnisse kurz-, mittel- und langfristige Strategien und Maßnahmen zur wirksamen und nachhaltigen Bewältigung dieser Krise erarbeitet. Diese Kommission soll aus Vertreter_innen des Senates, der Regierungs- und Oppositionsfraktionen, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft bestehen. Dazu gehören Vertretungen der Geistes-, Rechts- und Naturwissenschaften sowie aus Gewerkschaften, Kammern, Arbeitgeber_innen-, Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden, Interessenvertretungen (Pflegebündnis) und migrantischen Selbstorganisationen.

Noch ein Wort in eigener Sache: Das hier ist der erste »BürgerInnenbrief« ohne Christiane Schneider als Mitherausgeberin. Christiane hat nach zwölf Jahren nicht mehr für die Bürgerschaft kandidiert. So sehr ich ihr die neuen Freiheiten gönne, so sehr vermisse ich schon jetzt die täglichen Begegnungen, die durchdachten, wertvollen, hilfreichen Beiträge in jeder Form. In diesem BürgerInnenbrief wird es deshalb auch um den Abschied von Christiane gehen – glücklicherweise nur aus dem parlamentarischen Geschehen, nicht auf der Straße, nicht als Autorin im BürgerInnenbrief und nicht als Mitstreiterin und Freundin.

Bleibt alle gesund!

Heike Sudmann

Keinen Fußbreit den Faschist*innen!

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts gegen die geplante Nazi-Kundgebung in Harburg am 1. Mai



Hintergrundfoto: 1. Mai 2017 (C. Hannen), Plakat: M. Joho

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (24. April) ist die Kundgebung von Nazis am 1. Mai in Harburg verboten. Doch sie haben angekündigt, gegen das Verbot zu klagen. Der Mitveranstalter Christian Worch hat es durch seine Klagen bis zum Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit immer wieder geschafft, Veranstaltungsverbote zu kippen. Deshalb gibt es keine Entwarnung. Ein Harburger Bündnis und das Hamburger Bündnis gegen Rechts bereiten weiterhin die geplanten Mahnwachen gegen den Nazi-Aufmarsch vor. Aktuelle Infos gibt es unter:

www.nonazis.hamburg | www.1mainazifrei.noblogs.org | [www.facebook.hamburger-buendnis-gegen-rechts](https://www.facebook.com/hamburger-buendnis-gegen-rechts)

Und hier folgt die Pressemitteilung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts vom 24. April 2020.

Wie bekannt wollen am 1. Mai die militantesten Kräfte der Nazi-Bewegung in Harburg eine Kundgebung abhalten. Dass dieses am internationalen Feiertag der Werktätigen geschehen soll, ist eine besondere Provokation. Waren es doch ihre braunen Vorbilder, die nach der Machtübertragung am 30. Januar 1933 die politische Opposition verboten, die freien Gewerkschaften und die Parteien der Arbeiter*innen zerschlugen und am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser besetzten.

Die Initiatoren Thomas Wulff (Ex-NPD) und Christian Worch (Die Rechte) sind beide vorbestrafte Kader, die in Hamburg jahrzehntelang die Strippen in der Szene gezogen haben und über große Erfahrung in der Organisation von Aufmärschen und der entsprechenden medialen Inszenierung verfügen. Als Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) sind wir diesem

braunen Treiben ebenfalls seit Jahrzehnten entschlossen und erfolgreich entgegengetreten – mit Demonstrationen, Kundgebungen und Blockaden. Sollte die Nazi-Kundgebung wider Erwarten nicht verboten werden, so erwarten wir von der Versammlungs- bzw. der Gesundheitsbehörde die Genehmigung von vielen Mahnwachen in Harburg. Felix Krebs vom HBGR: »Unter normalen Umständen hätten wir zusammen mit dem Harburger Bündnis mindestens 10.000 Menschen zu antifaschistischen Protesten vor Ort mobilisiert. Die Behörden müssen einer angemessenen Zahl von Menschen den Protest ermöglichen.«

Wir wollen zusammen mit dem Harburger Bündnis »Einig gegen Rechts« und anderen dieses auch in Zeiten von Corona tun – wenn auch den Umständen angepasst. Wir planen zusammen die Durchführung von mindestens einem Dutzend Mahnwachen in Harburg und dem restlichen Stadtgebiet, da die Anmeldung einer großen Bündisdemonstration keine Aussicht auf Erfolg hat. Die Mahnwachen sollen den Mindestabstand gemäß Infektionsschutz wahren, die An- und Abreise soll nicht in Gruppen geschehen, und wir werden einen Mund-Nasen-Schutz tragen, wenn möglich mit Handlautsprechern ausgerüstet sein und mittels Transparenten und Plakaten unseren Protest zum Ausdruck bringen. Wir freuen uns, wenn möglichst viele Menschen den Nazis klare Kante zeigen, und rechnen damit, dass auch an anderen Orten vielfältig protestiert wird, ähnlich wie es ein Polizeisprecher im Hamburger

Abendblatt formulierte. Wir appellieren aber daran, im Interesse der eigenen und der Gesundheit Dritter, die momentanen besonderen Umstände zu berücksichtigen.

Umgekehrt erwarten wir von der Versammlungsbehörde, den Nazi-Aufmarsch zu verbieten. Es bleibt eine ungeheure Provokation, wenn z.B. die aufrufende Partei »Die Rechte« aktuell fordert, den 20. April, den Geburtstag Adolf Hitlers, zum Nationalfeiertag zu erklären. In ihrem Aufruf für den 1. Mai 2020 fordern sie gerechte Löhne nach rassistischen Kriterien nur für Deutsche und »das untrennbare Zusammenwachsen von Nationalismus und Sozialismus«. Nationalsozialismus und die Entrechtung aller Menschen, die nicht ins völkische Weltbild passten – das hatten wir schon einmal. Es folgten der Terror gegen politische Gegner*innen und gesellschaftlich Ausgegrenzte, die Vernichtung des europäischen Judentums und der Roma und Sinti und schließlich der von Nazi-Deutschland begonnene Krieg. Er führte zur Verwüstung weiter Teile Europas und zum Tod von mehr als 55 Millionen Menschen. Die Neonazis von heute sehen in den Verbrechen von damals ihre Vorbilder.

Über die aktuellen Entwicklungen bei den Nazis und geplante Proteste werden wir fortwährend auf unserer Homepage und Facebook berichten. Für den Tag selbst ist eine Live-Berichterstattung des Senders Freies Sender Kombinat (FSK) in Planung.

Corona-Krise & Bürgerschaftsarbeit

Heike Sudmann über Informationen, Positionen und Kritik der Fraktion DIE LINKE



Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft, 22.4.2020 (dpa)

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben den Alltag vieler Hamburger_innen schlagartig verändert. Existenzgrundlagen brechen weg. Das Zusammenleben in den privaten Haushalten und in der Gesellschaft wird eingengt. Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Berufsausübung,

der Freizügigkeit werden außer Kraft gesetzt. Eine Vielzahl von Sofortmaßnahmen und Förderprogramme soll die schlimmsten (wirtschaftlichen) Auswirkungen auffangen und soziale Härten verhindern. Doch das reicht bei weitem nicht aus. Auch wenn wir als LINKE im Grundsatz einen großen

Teil der in diesem Ausnahmezustand getroffenen Entscheidungen mitgetragen haben, ist und bleibt es unsere Aufgabe als Opposition, Kritik, Kontrolle und Alternativen zur Regierung auszuüben bzw. zu entwerfen. Für uns bemisst sich der Erfolg im Kampf gegen die Pandemie an der Gesundheit aller Menschen *und* an der Verhinderung einer tiefen sozialen und demokratischen Krise. Mit einem einschlägigen Blog (www.linksfraktion-hamburg.de/corona/) wollen wir als Bürgerschaftsfraktion für Informationen sorgen, Anregungen und Kritik zusammentragen, Positionen darstellen.

Bürgerschaftsanträge der LINKEN zur Corona-Krise

Zur Bürgerschaftssitzung am 22. April hatten wir neun Anträge eingebracht, die wir hier kurz vorstellen:

- »Zuhause bleiben« und »Abstand halten« sollen wir, um uns vor einer Ansteckung mit Corona zu schützen und die Ausbreitung der Corona-Pandemie einzudämmen. Für die Menschen in Hamburg, die kein Zuhause haben und auf der Straße oder in beengten Notunterkünften leben müssen, ist das nicht möglich. Wir fordern daher die **Unterbringung obdachloser Menschen** in leerstehenden Hotels (www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63919).
- Im **Gesundheitsbereich** mangelt es an Personal und an Schutzausrüstung. Wir *beantragen* daher ausreichende Schutzausrüstung und Maskenpflicht in allen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Damit Pflegeberufe attraktiver werden, fordern wir eine dauerhafte Lohnerhöhung um 500 Euro monatlich (www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63914).
- Empfänger_innen von Transferleistungen sind besonders hart von der Krise getroffen. Steigende Preise, der Wegfall von kostenfreien Mahlzeiten, Mehrausgaben – z.B. für Schutzausrüstung – sind Probleme, mit denen viele konfrontiert sind. Wir *beantragen* einen Corona-bedingten **Aufschlag auf Grundsicherungsleistungen wie Hartz IV** (www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63915).
- Das vom Bund beschlossene **Kurzarbeiter_innengeld** in Höhe von 60 bzw. 67% des letzten Nettoeinkommens ist bei den hohen Mieten und Lebenshaltungskosten in Hamburg zu wenig. Wir *beantragen* eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes des Bundes auf 90 Prozent des Nettoeinkommens, Kurzarbeiter_innengeld für Minijobber_innen aus städtischen Mitteln sowie ein Überbrückungsgeld in Höhe von 1.250 Euro für Solo-Selbstständige, die maßgebliche Einkommenseinbußen oder vollständige Einnahmeausfälle wegen der Corona-Krise erleiden (www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63922).
- Ab Anfang Mai soll nach und nach der **Unterricht** in Schulen wieder beginnen. Viele Schüler_innen sind verunsichert. In *unserem Antrag* für die Bürgerschaftssitzung fordern wir: Fernunterricht soll nicht benotet werden. Abschlussprüfungen (ESA/MSA/Abitur) sollen optional gestellt werden. Schüler_innen sollen wählen können, ob sie eine Prüfung ablegen wollen, in der Hoffnung, sich noch zu verbessern, oder auf eine Abschlussprüfung verzichten



Wer die 13 Abgeordneten der neuen Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft sind und wer wofür zuständig ist, ist hier in Wort und Bild zu finden: www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/

und einen Durchschnittsabschluss erhalten, der ihre erbrachten Leistungen der letzten Schuljahre berücksichtigt (www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63918).

- **Antragsformulare** für wirtschaftliche Hilfen für Corona-geschädigte kleine Unternehmen und Selbstständige sind oft selbst für Menschen mit sehr guten Deutschkenntnissen eine Herausforderung. Viele Menschen, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, sind damit überfordert. Wir *fordern*, dass Anträge für Corona-Hilfen auch in anderen Sprachen zur Verfügung gestellt werden (www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63913).
- Tausende Geflüchtete leben in Hamburg beengt in Unterkünften und Erstaufnahmen. Viele Geflüchtete leben ohne Papiere ohne jeden Anspruch auf staatliche Leistungen, Unterbringung oder Gesundheitsversorgung. Wir *beantragen* besseren **Schutz für Geflüchtete** mit und ohne Papiere, u.a. durch eine dezentrale Unterbringung und einen anonymen Krankenschein (www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63917).
- Immer wieder geht die Polizei in Hamburg derzeit gegen politische Versammlungen jeder Art vor – auch dann, wenn die Teilnehmer_innen Abstand zueinander halten und Mundschutz tragen. Wir *fordern*: Auch während einer Pandemie muss das Grundrecht auf **Versammlungsfreiheit** sichergestellt werden (www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63923).
- Der Betrieb an den **Hochschulen** findet wegen Corona nur sehr eingeschränkt statt. Bibliotheken sind geschlossen, Seminare werden ins Internet verlagert – was nicht immer funktioniert. Gleichzeitig fallen für viele Studierende Verdienstmöglichkeiten weg. Wir *beantragen* ein »Solidarsemester« an der Uni, u.a. die Nicht-Anrechnung des Semesters auf die Studienzeit (www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63916).

Anfrage-Wesen in Zeiten von Corona



Foto: www.buergerschaft-hh.de/pantdok/

Datenbankrecherche

	AKTUELLE DOKUMENTE	NEUE DOKUMENTE	DOKUMENTNUMMER	FORMALKRITERIEN	SCHLAGWORTE	FREIE SUCHE
--	---------------------------	-----------------------	-----------------------	------------------------	--------------------	--------------------

Kleine und Große Anfragen sind eines der wichtigsten Mittel der Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft, Informationen zu erhalten und weiterzugeben, Ungereimtheiten zu klären oder auch die Finger in die Wunden zu legen. Dies gilt in besonderem Maße natürlich für die Opposition, denn die Senatsparteien bekommen die Infos quasi direkt von den Behördenleitungen. In den letzten fünf Jahren, also in der 21. Legislaturperiode von 2015 bis 2020, hat es insgesamt 20.311 Bürgerschafts-Drucksachen gegeben, darunter ein Großteil Anfragen, aber auch Anträge, Senatsmitteilungen usw. Allein DIE LINKE hat 2.079 Schriftliche Kleine und 114 Große Anfragen gestellt und 374 Anträge eingebracht.

Wer also Informationen zu bestimmten Aspekten benötigt, wird in der Parlamentsdatenbank fündig: www.buergerschaft-hh.de/parldok/info.

Kurz vor der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 hat es noch einmal Auftrieb bei den Schriftlichen Kleinen Anfragen (SKA) gegeben. Nehmen wir nur einmal, zu welchen Themen Heike Sudmann (z.T. in Kooperation mit Fraktionskolleg_innen) in den letzten zwei Wochen vor der Wahl den Senat befragt hat: Radverkehr in Einbahnstraßen (Drs. 21/20001 vom 7.2.2020), HVV-SeniorInnenkarte (Drs. 20041), Verkehrsbeschränkungen zum Schutz vor Lärm und Abgasen (Drs. 20094), Tempo 30 vor sozialen Einrichtungen (Drs. 20095), LKWs und Verkehrslärm (Drs. 20096), Schulcampus Lohsepark (Drs. 20107), Radfahren auf der Norderelbbrücke (Drs. 20136), Schilleroper (Drs. 20190), Versorgungslage vordringlich Wohnungssuchender (Drs. 20191), Kleingewerkschaften (Drs. 20192), Leerstand Handelsschule Holzdammer (Drs. 21/20193 vom 21.2.2020).

Außerhalb der Behörden- und Senatswelt ist der Aufwand, der mit der Beantwortung einer Schriftlichen Kleinen Anfrage verbunden ist, kaum vorstellbar. Bevor die Anfrage ei-

ner Abgeordneten den/die zuständige Sachbearbeiter_in in der Behörde erreicht, hat sie folgende Stationen passiert: Senatskanzlei – Fachbehörde/Präsidialabteilung oder Bezirksamt – Amtsleitung – Abteilungsleitung. Dann hat der/die Sachbearbeiter_in zwischen einem halben Tag und drei Tage Zeit, einen Antwortentwurf zu schreiben. Dieser Entwurf geht dann den ganzen Weg zurück und wird auf jeder Ebene kritisch beäugt, insbesondere darauf, ob der Opposition hier zu viele Informationen gegeben werden. Nicht selten werden längere Stellungnahmen oder Antworten auf einzelne Fragen auf ein kurzes »Nein« oder »Entfällt« zusammengedampft oder einfach ganz weggelassen. Bevor die Bürgerschaftskanzlei die Antwort zur Weiterleitung an die Abgeordnete erhält, hat noch die zweimal wöchentlich tagende Staatsrätekommission die Anfrage freizugeben. Dieser (politische Kontroll-)Aufwand bindet also viel Arbeitskraft.

Nach der Konstituierung der neuen Bürgerschaft am 18. März hat es von der Linksfraktion zunächst keine Anfragen an den Senat gegeben, auch die Abgeordneten der anderen Fraktionen haben ihre Tätigkeit in diesem Zusammenhang nahezu eingestellt. Der Grund: Die Wucht der Corona-Krise nahm nicht nur die Stadt insgesamt, sondern natürlich gerade auch die Behörden und Ämter stark in Beschlag. Und die galt es in dieser ersten Phase der Entwicklung von Hilfsmaßnahmen, Informationen und Beratungsangeboten, soweit es eben ging, zu entlasten, nicht zuletzt durch den Verzicht auf Anfragen.

Eine Ausnahme bildete von Anfang – na klar – die AfD, die die Hamburger Behörden seitdem förmlich mit Anfragen bombardiert. Während die allermeisten Parlamentarier_innen Rücksicht auf die Überlastung der Corona-geplagten Behördenmitarbeiter_innen nehmen, scheren sich die AfD-Abgeordneten einen feuchten Kehricht um die Beschäftigten

und deren gegenwärtige Hauptaufgaben. Den Vogel schoss das reaktionäre Fähnlein am 27. März ab: An diesem Tag beantwortete der Senat insgesamt elf Schriftliche Kleine Anfragen aus der Bürgerschaft, alle elf Anfragen stammten von der AfD, unter denen so oberwichtigen Themen wie dieses: »Betr.: Verstärkter Männerüberschuss durch Flüchtlingszuwanderung«.

Als Linksfraktion haben wir das Angebot des Senats, Fragen direkt an die Behörden zu stellen, wahrgenommen. Doch abgesehen von der unterschiedlichen Qualität der (Nicht-)

Antworten fehlt vor allem die öffentliche Zugänglichkeit der Antworten, da diese nicht in die Parlamentsdatenbank aufgenommen werden. Damit DIE LINKE ihre Aufgabe als Opposition, insbesondere auch der Kontrolle des Regierungshandelns, wahrnehmen kann, ist die öffentliche Dokumentation der Senatsauskünfte aber wesentlich. Aus diesen Gründen stellt die Linksfraktion wieder vermehrt Anfragen, weiterhin verantwortungsbewusst mit Blick auf die besonderen Belastungen der Behörden durch die Corona-Epidemie.

Platz (ist) da!

Heike Sudmann über Fuß- und Radverkehr (nicht nur) in Corona-Zeiten



Plötzlich auftretende Enge und sperrige Gegenstände auf dem Gehweg (Foto: Heike Sudmann)

Abstand halten! Diese Parole zum Schutz vor dem Corona-Virus prasselt auf uns aus allen Richtungen nieder. Doch das ist in einer dichtbebauten Großstadt wie Hamburg nicht einfach. Schmale Gehwege machen es unmöglich, dass Fußgänger_innen aneinander im Abstand von mindestens 1,5 Metern vorbeigehen können. Bewegung an der frischen Luft, Spaziergehen und Sonne tanken, das Austoben der Kinder sind erlaubt, doch bei überfüllten Parks und Grünanlagen sowie geschlossenen Spielplätzen und viel zu schmalen Radwegen fehlt einfach der Platz hierfür.

Während in anderen Großstädten wie Berlin, Wien oder Brüssel der Autoverkehr Platz abgeben muss, verweigert sich der rot-grüne Senat diesem Thema. Deshalb haben wir für die Sitzung am 6. Mai einen Antrag eingebracht, der erstmalig temporär die Beruhigung oder Sperrung von Straßen, Tempo 30 generell, die Einrichtung von Radstreifen auf Fahrbahnen, sowie die Schaffung von sog. Begegnungszonen im Straßenraum und Spielstraßen vorsieht. Der Antrag (Drs. 21/115) ist hier zu finden: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/04/Antrag-Platz-da-für-Fuß-und-Radverkehr.pdf

Gigantisches Bauwerk, minimale Beteiligung

Heike Sudmann über die Planungen zur Sternbrücke



Geplanter Neubau der »Sternbrücke« (Visualisierung: DB Netz AG/Vössing Ingenieurgesellschaft mbH)

Seit mehreren Jahren wird immer wieder über die Zukunft der gut ein Jahrhundert alten Sternbrücke, die über die Kreuzung Stresemannstraße/Max-Brauer-Allee verläuft, spekuliert. Die Deutsche Bahn (DB) will einen Neubau realisieren, eine Sanierung sei nicht möglich. Diese Argumentation kommt bekannt vor, wurde sie doch auch beim Altonaer Bahnhof angewandt. Dazu muss man wissen, dass Sanierungskosten allein von der DB zu tragen sind. Bei einem Neubau hingegen trägt die DB in der Regel nur die Hälfte. Deswegen gibt es auch bei der Sternbrücke die starke Vermutung, dass die DB die Instandhaltung der Brücke auf das Notwendigste beschränkt hat.

Seit wenigen Tagen ist die aktuelle Planung der DB nun bekannt. Eine 108 Meter lange, wuchtige Konstruktion nach dem Vorbild der Fehmarnsundbrücke soll die alte Sternbrücke ersetzen. Die Kosten von 125 Mio. Euro teilen sich die DB und die Stadt. Wie die Brücke in dem dicht bebauten Wohngebiet aussehen würde, zeigt die Homepage der DB unter <https://bauprojekte.deutschebahn.com/p/hamburg-sternbruecke>.

Wer erwartet, dass nun eine öffentliche Diskussion über das Brückenbauwerk geführt werden soll, ist zu optimistisch oder gar naiv. Kurz vor Ostern wurden die Anwohner_innen über die am Dienstag nach den Feiertagen stattfindende öffentliche Präsentation im Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona informiert. Doch was heißt schon öffentlich? Aufgrund der Corona-Beschränkungen durfte nur eine kleine Zahl Betroffener das Rathaus betreten. Der Livestream für alle anderen Interessierten bot noch nicht mal die Möglichkeit, Fragen und Anmerkungen direkt einzubringen. Dass nach jahrelangen Gesprächen zwischen Senat und DB, nach diversen nichtöffentlichen Gutachten, Beratungen etc. genau jetzt, im Windschatten der Corona-Kontaktsperren, nicht nur die »öffentliche« Präsentation stattfindet, sondern auch gleich

das Planfeststellungsverfahren der DB eingeleitet werden soll, ist unglaublich. So verkommt die Beteiligung noch mehr zur Farce.

Der Presseinformation der DB vom 15. April 2020 ist zu entnehmen, dass es im Beteiligungsverfahren nicht um die Frage der Brückengestaltung gehe, sondern um die Einbeziehung der Bürger_innen in die »Entwicklung der Neugestaltung des Umfeldes«.

Für den Brückenneubau müssten mehrere Wohn- und Geschäftshäuser abgerissen werden, die bedeutsamen Musikclubs unter der Brücke würden plattgemacht. Anwohner_innen und Gewerbe-/Musikbetreibende fordern zu Recht, zuerst über die Notwendigkeit des Abrisses zu sprechen. Niemand stellt infrage, dass angesichts der notwendigen Klima- und Verkehrswende der Schienenverkehr Vorrang bekommen muss. Die gigantischen Ausmaße der Brücke sind aber nicht dem Zugverkehr, sondern dem Autoverkehr geschuldet. Heute gibt es aufgrund der Brückenpfeiler eine Verengung der ansonsten vierspurigen Stresemannstraße. Diese Verengung kann nur mit einem »freischwebenden« Brückenneubau aufgehoben werden, der viel mehr Platz als die alte Konstruktion braucht. Der Hamburger Senat will sich der Verkehrswende zum Trotz hier nicht die Möglichkeit verbauen, den Autoverkehr auch auf vier Spuren unter der Brücke zu führen. Mit dieser Verkehrsideologie aus den 1980er Jahren wird es keine Verkehrswende geben.

Anwohner_innen, Denkmalschützer_innen, Architektenkammer, Bund Deutscher Architekten (BDA) und viele mehr kritisieren die Planung und fordern einen Planungsstopp. Die Linksfraktion in der Bezirksversammlung Altona hat eine Verschiebung des Planfeststellungsverfahrens und eine Neuplanung des Verkehrs auf der Stresemannstraße beantragt (www.linksfraktion-altona.de).

Bahnhof Altona: Keine zukunftsfähige Lösung

Von Heike Sudmann



Hintergrundfoto: Sebastian scha, 2008, CC BY-SA 1.0, Grafik: DB

So skandalös wie die letzte Bürgerschaftssitzung der 21. Legislatur zum Thema »Fern- und Regionalbahnhof Altona« endete, ging es in der Bürgerschaftssitzung der neuen Legislatur am 1. April weiter. Ohne Möglichkeit einer Diskussion in den Fachausschüssen der Bürgerschaft wurde dieses Großprojekt von allen anderen Fraktionen durchgewunken. (Antrag und Abstimmungsergebnisse finden sich hier: <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63826>).

Die zehn Seiten umfassende Verständigung zwischen dem VCD (Verkehrsclub Deutschland e.V.), der gegen den Planfeststellungsbeschluss der DB geklagt und damit einen Baustopp erreicht hatte, und der DB und der Stadt scheint die anderen Fraktionen nicht wirklich zu interessieren. Dabei steht und fällt das Projekt mit der Kernfrage: Ist der dringend notwendige und von allen geforderte massive Ausbau des Schienenverkehrs mit einem verlegten und verkleinerten Fernbahnhof Altona zum Diebsteich möglich? Eine Antwort hierauf ist derzeit nicht möglich. Denn das zwei Tage vor der Bürgerschaftssitzung vorgelegte Testat sagt hierzu, dass eine »umfassende Leistungssteigerung im Knoten Hamburg« nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen sei. Dafür wird in dem

Testat u.a. von einer Reduzierung der Halte am Fern- und Regionalbahnhof Dammtor gesprochen.

Für mich heißt die Zustimmung der anderen Fraktionen, dass sie nicht wissen wollen, wie zukunftsfähig der Hamburger Schienenverkehr werden kann und muss. Augen zu und durch ist keine Option, deshalb haben wir als LINKE-Fraktion den Antrag abgelehnt. Das Parlament hat die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren und nicht, deren Entscheidungen ohne Diskussion abzunicken. Die sog. Faktencheckgespräche, die fast ein Jahr lang – ohne Beteiligung der Politik – stattfanden, ersetzen weder die Bürgerschaftsausschüsse noch das Parlament.

Die Verständigung enthält aber nicht nur offene Fragen, sondern auch gute Punkte, wie z.B. die Prüfung, ob die Güterumgebungsbahn, die durch Hamburg verläuft, für den Personenverkehr genutzt werden kann, oder die Prüfung einer weiteren Schienenebquerung. Es ist bezeichnend und peinlich, dass DB und Stadt nicht von selbst auf so etwas kommen, sondern dafür erst die ehrenamtlich Tätigen vom VCD und der Initiative Prellbock, die bis Dezember an den Gesprächen beteiligt war, brauchten.

Tipps und kaum Termine

Auf Termine verzichten wir dieses Mal fast vollständig, denn quasi sämtliche Einrichtungen, Initiativen und Verbände haben das öffentliche (Veranstaltungs-) Leben nahezu auf Null zurückgefahren. So war beispielsweise auch der Hamburger Ostermarsch am 13. April in der gewohnten Form abgesagt worden, die DGB-Demonstration am 1. Mai findet virtuell statt, sämtliche öffentliche Gedenkveranstaltungen in Erinnerung an den 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg Anfang Mai sind ebenfalls gecancelt bzw. ins Netz verlegt worden usw. Deshalb bleibt es in diesem »BB« lediglich bei verschiedenen Hinweisen und einigen wenigen Terminen.

Beispielsweise bei diesem: Die für den 7. Juni angekündigte **Fahrradsternfahrt** ist aus naheliegenden Gründen auf **Sonntag, den 30. August**, verschoben worden. Aktuelle Hinweise unter www.fahrradsternfahrt.info.



Klimawende JETZT – Autos raus der Innenstadt – unter diesem Motto wurde noch kurz vor der Bürgerschaftswahl eine neue Volksinitiative gestartet, die nun aber Schwierigkeiten hat, die nötigen 10.000 Unterschriften zu sammeln, um daraus ein Volksbegehren werden zu lassen. Mehr Infos und vor allem auch Unterschriftenlisten zum Ausdrucken unter www.klimaschutz-hamburg.de.

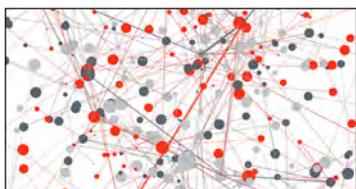


In der neuesten Ausgabe des **Böckler Impuls** vom 19. März verweist die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) auf neue Zahlen des Instituts »Destatis« vom Februar 2020. Danach gäbe der bundesdeutsche **»Durchschnittshaushalt«** im Monat 2.704 Euro aus, davon **33,6% alleine für die Wohnung** (inkl. Heizung und Strom), also deutlich mehr als die immer mal wieder angeführte »Schallgrenze« von 30%. Es folgen die Bereiche Verkehr (14,0%) und Essen (13,3%). Die komplette Grafik gibt es hier: www.boeckler.de/data/impuls_2020_05_S8.pdf.

Und gleich noch etwas von der Hans-Böckler-Stiftung, eine schon im März 2019 veröffentlichte Studie unter der Überschrift **Bauen für die demokratische Stadt**. Auf 58 Seiten geht es in diesem ausführlichen »Dossier« von Hilmar Höhn um Spekulation und Mietenwahnsinn, aber eben auch um die Konsequenzen für eine soziale Wende im Wohnungswesen. Lesenswertes also unter www.boeckler.de/pdf/p_01_report_02_2019.pdf

Auch wenn wohnungspolitische Neuigkeiten und Informationen zurzeit Gefahr laufen, nicht groß beachtet zu werden, sei hier auf zwei wichtige Dokumente hingewiesen: **Antworten der Bundesregierung** auf zwei Anfragen der Linksfraktion im Bundestag. In dem einen Fall geht es auf 60 Seiten um die **Liegenschaftspolitik der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben** (Bundestags-Drs. 19/18487 vom 3.4.2020: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/184/1918487.pdf>), die auch eine Reihe von teilweise großen Grundstücken in Hamburg berührt. Zum anderen hat die Fraktion auf acht Seiten Antworten zum **Wohnungsbau durch den Bund** bekommen (Drs. 19/18533 vom 7.4.2020: <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/185/1918533.pdf>), auch hier mit einigen Hamburger Akzenten.

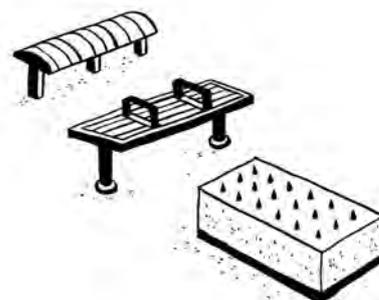
Hier noch eine Schlagzeile aus dem »Hamburger Abendblatt« vom 4. März: **»Immobilien erzielen bessere Rendite als Aktien und Gold«**. Haben wir es nicht immer gesagt? Und grundlegende Veränderungen ange-mahnt? Schließlich macht der Immobilienbesitz am Gesamtvermögen in Deutschland sage und schreibe 59% aus. So was steht in der Fraktionsbroschüre der hiesigen LINKEN Bürgerschaftsfraktion, **Wohnungsnot und Mietenwahnsinn in Hamburg**, auf Seite 48. Die im November 2019 erschienene 62-seitige Analyse und Bilanz der über gut zehn Jahre von der SPD dominierten Wohnungspolitik kann als **Broschüre** in den Fraktionsbüros bezogen oder hier heruntergeladen werden: <https://bit.ly/34dsvPY>.



Mehrfach haben wir im »BürgerInnenbrief« dazu Stellung genommen, und die Linksfraktion hat in der Hamburgischen Bürgerschaft Vergleichbares beantragt: einen **Mietendeckel** nach Berliner Vorbild. Inzwischen ist dieser in Kraft getreten, der Versuch einer einstweiligen Verfügung dagegen ist zunächst gescheitert. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat im Dezember 2019 nochmals ein **Rechtsgutachten** der Juristen Andreas Fischer-Lescano, Andreas Gutmann und

Christoph U. Schmid vorgelegt, der Titel: **Landeskompetenzen für Maßnahmen der Mietpreisregulierung**. Die 20seitige Expertise gibt es hier: www.rosalux.de/publikation/id/41344/landeskompetenzen-fuer-massnahmen-der-mietpreisregulierung/

Einen interessanten Hinweis auf einen Artikel in der Zeitschrift »brandeins« hat uns dankenswerterweise Christine L. geliefert. Unter dem Titel »Erst die Lösung, dann das Problem« geht es um das **finnische Modell des Umgangs mit Obdachlosigkeit**. Der Hintergrund: »Ein Obdachloser ist in den Straßen Helsinkis kein öffentliches Ärgernis, sondern ein sozialer Missstand, der behoben werden muss. Wer keine Wohnung hat, dem fehlt eine, also kriegt er eine.« Zack und fertig! Mehr dazu hier: www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2020/investieren/erst-die-loesung-dann-das-problem?utm_source=pocket-newtab. Für den deutschen und hamburgischen Umgang dagegen steht die Gestaltung vieler Dinge des öffentlichen Raumes, wie sie in der nebenstehenden Zeichnung aus dem Magazin zum Ausdruck kommt.



Reichliche Daten zu sämtlichen 104 Hamburger Stadtteilen auf jeweils zwei Seiten bieten wieder mal die Ende November 2019 erschienenen **Hamburger Stadtteil-Profile**. Die Daten beziehen sich auf das **Berichtsjahr 2018**, meistens auf den Zeitpunkt Ende dieses Jahres. Ein paar Schmankerl: Während der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte in Dulsberg bei 42% liegt, beträgt er in Wellingsbüttel gerade mal 12%. In St. Pauli bezieht mehr als ein Viertel der 65-Jährigen und Älteren Grundsicherung im Alter, in den Walddörfern sind es nur ein Prozent. Noch mehr spannende Daten unter www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/NR21_Statistik-Profile_HH-2018.pdf

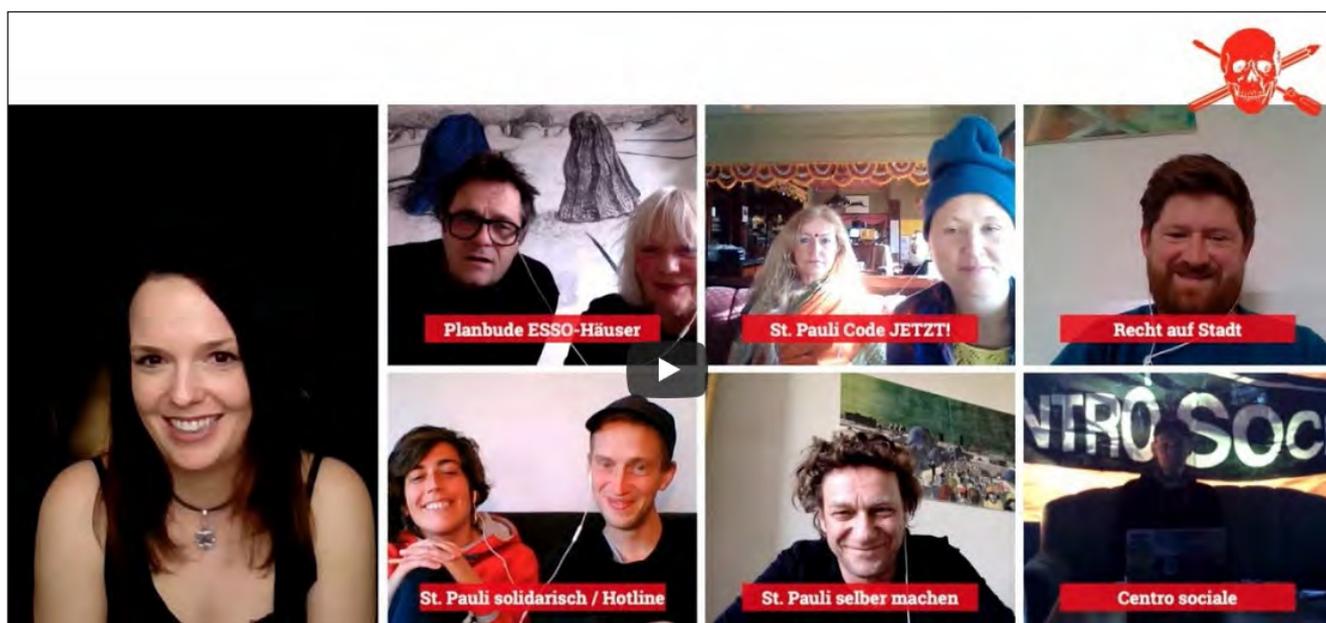
Ach, es wäre so schön gewesen, und für zwei Stunden haben sich viele dem Traum hingegeben: Die AfD fliegt raus aus der Hamburgischen Bürgerschaft. Doch es sollte nicht sein, mit 5,3% hat sie es knapp noch geschafft. Auch deswegen sei hier auf einige Materialien und Informationen hingewiesen, die Auskunft geben über den rechtsextremistischen Charakter dieser Partei. Nehmen wir den 34seitigen Reader **Haltung zeigen statt Zurückhaltung üben!**, in dem die GEW die **Bildungspolitik der Hamburger AfD-Bürgerschaftsfraktion** entlarvt: www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/reader-zur-bildungspolitik-der-afd-fraktion. Wie sich die **AfD im Bundestag** verhält, das hat im Oktober 2019 die dortige Linksfraktion in der 24seitigen Broschüre **Die Würde des Menschen ist antastbar**



enthüllt: www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/190923_AfD_im_Bundestag_A4.pdf. Immer lohnt sich ein Blick auf die von Antifaschist_innen gepflegte **afd-watch-Website**: <https://afd-watch-hamburg.org>.

Eines lässt sich der Linken nicht vorwerfen: Zu wenig publiziert hat sie nicht und nie. Aus der reichen Auswahl sei hier auf die ebenfalls im November vergangenen Jahres publizierte 16seitige Broschüre **Militärmacht Europa: Explodierende Rüstungsausgaben** hingewiesen. Erarbeitet wurde sie von der »Informationsstelle Militarisation e.V.«. Online: <http://oezlem-alev-demirel.de/wp-content/uploads/2019/12/EU-Milliarden-Grab-Booklet.pdf>





Sozusagen als Weltpremiere fand am 28. März in St. Pauli Die erste **Stadtteilversammlung in Deinem Wohnzimmer** statt. Den äußeren Umständen entsprechend mussten sich St. Paulis Stadtteilreck_innen zur Abwechslung eben mal im Netz verabreden, und es hat geklappt. Gut zwei Stunden wurde ordentlich gescypt und der Umgang mit dem Scheißvirus auf St. Pauli erörtert. Den Mitschnitt des Livestreams gibt es hier: www.youtube.com/watch?v=NXPrf1jbBSw&feature=youtu.be.



Zwei **Empfehlungen des Denkmalvereins Hamburg**: Zu sehen sind Hamburger **Denkmalfotos** von Dorfmüller Klier (www.instagram.com/denkmalverein/?hl=de), die **digitale Architekturkarte** »Map of Architecture« mit kaum glaublichen Ansichten von 12.000 Hamburger Gebäuden (www.mapofarchitecture.com/startseite/) oder **3D-Rundgänge** durch Bauwerke unserer Stadt (<https://rundblick3.de/>). Macht Spaß, ist anschaulich und z.T. recht beeindruckend.

Am 20. April ist **Stephan Jersch**, alter wie neuer Bürgerschaftsabgeordneter der LINKEN, sozusagen auf Sendung gegangen: An diesem Tag ist sein **erster Newsletter** erschienen, in dem er nun in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen über seine Tätigkeit in den Bereichen Umwelt und Energie, Landwirtschaft, Tierschutz, Tourismus und vielleicht auch bisweilen über »seinen« Bezirk Bergedorf berichten wird. Zu bestellen ist der Newsletter hier: www.stephan-jersch.de/kontaktservice/newsletter/

Hierzu passt auch der Hinweis auf Stephan Jerschs Presseerklärung vom 26. April: »Seit Mitte März fand in allen Bezirken Politik unter Ausnahmebedingungen und ohne Öffentlichkeit statt. Am Donnerstag hat nun die **Bezirksversammlung Mitte** die Sitzung ihres Hauptausschusses über YouTube gestreamt. »Richtig so, wenn die Corona-Krise Publikum verhindert, müssen politische Prozesse eben auf diese Weise transparent gemacht werden«, erklärt Stephan Jersch, der bezirkspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. »Seit Wochen stoßen die Linksfraktionen in den Bezirken mit der Forderung nach Öffentlichkeit der Gremien auf eine Mauer von Bedenkenträger_innen. Aber es geht also offensichtlich doch.« Dem Beispiel aus Mitte sollten auch die anderen Bezirke folgen und online Öffentlichkeit herstellen, wie es die Linksfraktion in ihrem **Antrag Öffentlichkeit der Bezirksghremien** (Drs. 22/116) zur nächsten Bürgerschaftssitzung fordert.

Wer noch mehr über die Arbeit von Heike Sudmann wissen will, kann sich auch auf ihrem neuen **Blog** <http://heikesudmann.net> informieren.

(K)ein Abschied

Von Christiane Schneider, Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN 2008 bis 2020



Großartiger Abschied (Foto: DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, 13.2.2020)

Nach zwölf Jahren Bürgerschaft bin ich seit dem 18. März nicht mehr Abgeordnete. Ein politischer Mensch bin ich seit über 50 Jahren und werde ich wohl auch bleiben. Diese letzten zwölf Jahre waren für mich sehr spannend und lehrreich. Ich habe mir vorgenommen, meine Erfahrungen zu verarbeiten. Damit bin ich mangels Zeit und Muße noch nicht weit gekommen. Trotzdem möchte ich hier einige Gedanken äußern, sozusagen zum Abschied aus meinem zwölfjährigen Abgeordnetendasein.

Die Bürgerschaft als Kampffeld

In meinen letzten Wochen als Abgeordnete bin ich von nicht wenigen Menschen und in mehreren Interviews, die ich anlässlich meines Abschieds gegeben habe, auf meine allererste Rede in der Bürgerschaft angesprochen worden. Diese Rede habe ich vor ziemlich genau zwölf Jahren, am 2. April 2008, gehalten. Es ging in der ersten Aktuellen Stunde nach Konstituierung der neuen Bürgerschaft um China und den Dalai Lama. Meine Rede löste einen Eklat aus, Abgeordnete verließen demonstrativ den Plenarsaal, besonders die Dalai-Lama-Verehrer_innen unter den Grünen reagierten empört, die Medien skandalisierten und in den folgenden Tagen erntete ich den ersten Shitstorm meines Lebens. Da die Fraktion und auch die Partei sich solidarisch verhielten, habe ich ihn überstanden. Was war das Skandalöse? Ich hatte den Dalai Lama, zumindest damals für viele Menschen eine Lichtgestalt, in einem Halbsatz mit Ayatollah Khomeini verglichen, der eher als Prototyp des Bösen gilt. Große Teile der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit sahen gleich bei ihrem ersten parlamentarischen Auftritt alle ihre Vorurteile über die Linke bestätigt.

Auch im Rückblick finde ich meine damaligen Ausführungen inhaltlich nicht falsch. Mir ging es um die Kritik daran, dass der Dalai Lama - und darin stimmte er mit Khomeini

überein - nicht nur geistliches Oberhaupt war, sondern damit auch die Rolle des staatlichen Oberhauptes von Tibet beanspruchte. Denn, so hatte ich die Kritik an dieser Verbindung von Religion und Politik/Staat begründet: »Über religiöse Offenbarung kann nicht diskutiert werden. Ein Staat, der auf religiöser Offenbarung aufgebaut ist, versperrt sich demokratischen Verfahren der Willensbildung.« Falsch war der Ort, an dem ich sie gehalten habe. In einem politischen Seminar hätte man sich darüber wahrscheinlich sachlich und ohne Skandalisierung streiten können. Ein Parlament ist aber kein politisches Seminar, es ist ein Kampffeld eigener Art, auf dem es nicht um wahr oder falsch, sondern um die Auseinandersetzung verschiedener und oft entgegengesetzter politischer Interessen geht. Im Nachhinein bin ich ganz froh, dass ich diese Lektion gleich am Anfang gelernt habe.

Was ein Parlament ist und welche Aufgaben wir als LINKE in einem solchen Parlament wie wahrnehmen (sollten), hat mich seither beschäftigt. Nicht unerhebliche Teile der gesellschaftlichen Linken halten vom Parlamentarismus wenig bis nichts. Marx hat die »Parlamentarisierung« des politischen Lebens einer Gesellschaft als Theater beschrieben, wobei weder Marx noch die, die diese Analyse heute noch teilen, die Frage beantwortet haben, warum der Parlamentarismus sich seinerzeit etabliert und bis heute überlebt hat, während Alternativen wie Räte zwar entwickelt wurden, sich aber nicht durchsetzten und in der Regel nur ein kurzes Leben hatten. Damit will ich nicht sagen, dass Parlamentarismus »alternativlos« ist, aber eine reale Alternative ist nicht in Sicht. In der Partei DIE LINKE wird gerne die Floskel verwendet, »Stimme der Bewegungen« im Parlament sein zu wollen. Bewegungen haben jedoch ihre eigene Stimme, ihre eigenen Sprecher_innen und ihre eigenen Sprechorte, und der Anspruch, ihre »Stimme« zu sein, kommt nach meiner Auffassung dem Versuch einer Enteignung gleich. Da DIE LINKE sich entschlos-

sen hat, als Partei am politischen Willensbildungsprozess und seinem parlamentarischen Austragungsort teilzunehmen, stellt sich natürlich die Frage nach unserer Rolle.

Der französische Soziologe und Sozialphilosoph Pierre Bourdieu beschreibt in seiner Vorlesungsreihe »Über den Staat« (Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2014) das Parlament »als Ort eines organisierten Konsenses oder vielmehr als Ort eines geregelten Dissenses« (S. 615). Mir gefällt diese Charakterisierung. Selbstverständlich finden die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die Kämpfe und Konflikte weiterhin außerhalb des Parlaments statt und sie werden auch nicht unbedingt im Parlament gelöst, oft aber – zumindest vorläufig – entschieden. Wird die Verschärfung des Polizeigesetzes beschlossen oder findet sie keine Mehrheit? Wird die Mietbremse eingeführt, das Geld für die notwendige Stärkung der sozialen Infrastruktur bereitgestellt usw.? Die Aufgabe einer parlamentarischen Linken ist es m.E., die in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entwickelten Argumente aufzugreifen, sie aber auch mit den einer Partei und Fraktion zur Verfügung stehenden Ressourcen weiterzuentwickeln, sich mit Gegenargumenten auseinanderzusetzen, womöglich eigene Lösungsansätze zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen und auch, tragfähige Kompromisse zu suchen. Das alles heißt, dass wir als Abgeordnete mit den Mitteln, die uns als Fraktion und Teil einer Partei zur Verfügung stehen, einen eigenen Beitrag leisten müssen, aufklären, Informationen bereitstellen und auf der Basis der gesellschaftlichen Interessen, für die wir stehen, konkrete, entscheidungsfähige Vorschläge erarbeiten. Ja, immer in Rückkoppelung, aber immer auch mit eigenen Initiativen.

Meiner Meinung nach haben das die Fraktion als ganze und die meisten Abgeordneten gut gemacht. Einen Ausschnitt unserer Arbeit haben wir ja im »BürgerInnenbrief« regelmäßig dargestellt.

Ein ungelöstes Problem

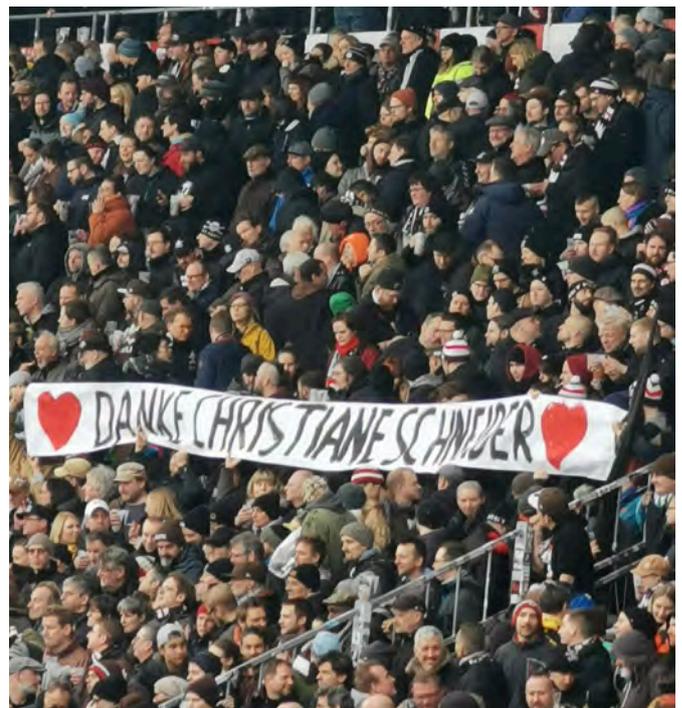
Ich habe in den ganzen Jahren einige richtig gute Bürgerschaftsdebatten erlebt, in denen wirklich debattiert, wirklich Argumente ausgetauscht und um Entscheidungen gerungen wurde – nicht übermäßig viele, aber doch immer mal wieder und manchmal unerwartet. Das waren Sternstunden. Für ein grundlegendes Problem halte ich aber, dass das ausschlaggebende »Argument« am Ende nahezu immer die Mehrheitsverhältnisse sind. Vielleicht kam es ein- oder zweimal pro Legislaturperiode vor, dass die jeweilige Mehrheit einem Antrag aus der Opposition zugestimmt hat – Ablehnung wurde oft mit Floskeln wie »Das macht der Senat schon so oder auch anders, dazu brauchen wir Ihren Antrag nicht« abgeschmettert. Nicht selten kam es vor, und deshalb wirkt gute Opposition doch, dass abgelehnte Anträge nach einigen Wochen, Monaten oder Jahren von der Bürgerschaftsmehrheit in der Sache so oder wenigstens so ähnlich aufgegriffen wurden.

Das eine ist die demonstrative Geringschätzung von Opposition, deren besondere Bedeutung übrigens in der Hamburger Verfassung hervorgehoben wird. Das Andere und Wichtigere ist m.E. die teilweise Aushebelung der Gewaltenteilung:

Die parlamentarische Mehrheit agiert im Wesentlichen als verlängerter Arm der Exekutive innerhalb der Legislative. Was der Senat will, wird von der Parlamentsmehrheit ebenso exekutiert wie abgeschmettert wird, was der Senat nicht will. Die Anträge der Mehrheitsfraktionen kommen entweder aus den Behörden oder sind eng mit ihnen abgestimmt. Umgekehrt arbeiten, soweit mir bekannt, die Behörden für die Mehrheitsfraktionen für **jeden** oppositionellen Antrag die »Argumente« für die Ablehnung aus. Damit ist die Kontrolle der Regierung durch das Parlament zwar nicht vollständig ausgehebelt – es gibt auch andere Möglichkeiten als Anträge und Parlamentsdebatten –, aber doch eingeschränkt, denn wichtige Abklärungen sind längst gelaufen, wenn das Parlament sich damit befasst.

Dass die Parlamentsmehrheit die parlamentarische Kontrolle der Regierung stark behindern kann, wurde für mich besonders deutlich im G20-Sonderausschuss, bei denen die von der Mehrheit bestimmten »Spielregeln« die beherrschende Stellung der Innenbehörde im Ausschuss sicherten und SPD und GRÜNE in ihrer großen Mehrheit ihre Anstrengungen darauf richteten, die Behörde vor Kritik und Aufklärung zu schützen. Dass das nicht ganz gelungen ist, steht auf einem anderen Blatt und zeigt, wie wichtig gute und kommunikative Oppositionsarbeit im Parlament sein kann.

Die zukünftigen parlamentarischen Auseinandersetzungen verfolge ich nun von »außen« und hoffentlich noch einige Jahre als aktive und interessierte Teilnehmerin an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Der neuen Fraktion wünsche ich viel Initiative und gutes Gelingen. Als Mitherausgeberin des »BürgerInnenbriefs« bin ich ausgeschieden, aber ich gehe davon aus, dass ich mich ab und an auch hier zu Wort melden werde.



Große Freude über die Aktion der St.-Pauli-Fans (Foto: C. Schneider)

Zum Abschied und Willkommen!

Ein herzlicher Dank von Cornelia Kerth, Hamburger Bündnis gegen Rechts, an Christiane Schneider



Beide Fotos: DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, 13.2.2020

Liebe Christiane,

Du warst in den vergangenen zwölf Jahren als Abgeordnete und innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Bürgerschaft immer eine zuverlässige Partnerin der antifaschistischen Bewegung in Hamburg. Kaum eine Demo, an der Du nicht als parlamentarische Beobachterin teilgenommen hast, kein fragwürdiger Polizeieinsatz, zu dem es kein parlamentarisches Nachspiel gab. Dein Engagement für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Hamburger NSU-Mord an Süleyman Tasköprü war leider nicht erfolgreich, trotzdem

notwendig. Immer warst Du mit Deinen Mitarbeiter_innen für uns erreichbar und offen für Anregungen und Anfragen. Auf vielen unserer Demonstrationen gegen Nazis und Rassisten aller Art hast Du wichtige Redebeiträge gehalten.

Tausend Gründe, Dir ganz herzlich Dank zu sagen und zugleich Deinen wohlverdienten Abschied aus dem Parlament zu bedauern – wäre da nicht die eine Nachricht, dass Du Deine antifaschistische Arbeit zusammen mit uns im Hamburger Bündnis gegen Rechts fortsetzen wirst. Darauf freuen wir uns.

Immer wieder präsent in den Kämpfen vor Ort

Andreas Blechschmidts Rede im Rathaus für Christiane Schneider



Am 13. Februar fand im Bürgersaal des Rathauses eine Abschiedsveranstaltung für Christiane Schneider statt. Zu den Redner_innen gehörte an diesem späten Nachmittag Andreas Blechschmidt, langjähriger Aktivist der »Roten Flora« am Schulterblatt. Wir danken ihm, dass wir hier seine Ansprache dokumentieren dürfen.

Liebe Christiane, liebe Anwesende,

hier jetzt zu stehen, ist aus zwei Gründen eine Zumutung. Es ist erstens eine Zumutung innerhalb der kurzen Zeit, die der Anlass des heutigen Tages lediglich zulässt, auch nur annähernd Dein politisches Engagement und Deinen Einsatz als Bürgerschaftsabgeordnete für die außerparlamentarische

Bewegung in dieser Stadt in den letzten zwölf Jahren angemessen zu würdigen. Darum bin ich gebeten worden und die Tatsache, dass ich es in fünf Minuten nicht wirklich umfassend kann, ist hoffentlich Bestätigung genug, wie groß Dein politisches Verdienst eben genau ist.

Es ist zweitens aber auch eine Zumutung, hier heute stehen zu müssen, weil damit das Eingeständnis verbunden ist, dass eine wichtige politische Stimme künftig zumindest in der Hamburger Bürgerschaft fehlen wird. Es ist Deine Stimme, Christiane, die in den vergangenen drei Legislaturen der Bürgerschaft zu vielen politischen Konflikten in dieser Stadt Stellung bezogen, politisches Handeln eingefordert, aber ebenso politisches Handeln hinterfragt hat. Du hast mit dieser Stimme gesprochen, wo andere durch Beschweigen sich einen falschen politischen Vorteil erhofften, und bist mit Deiner Stimme immer dafür eingetreten, dass es sich lohnt, für eine bessere und solidarischere Stadt zu streiten.

Der Kampf z.B. um das Bleiberecht der Lampedusa-Flüchtlinge, Deine beharrliche Forderung, eben keinen Schlussstrich unter die noch immer ungeklärten Umstände des NSU-Mordes an Süleyman Tasköprü zu ziehen, aber auch Dein Eintreten für die Verteidigung der Versammlungsfreiheit und der Grundrechte gegenüber staatlichen Kontroll- und Überwachungsinstanzen, Deine Rolle bei der Aufdeckung des Ausmaßes der rechtswidrigen Überwachung der linken Szene in Hamburg durch Verdeckte Ermittlerinnen und selbstverständlich Dein unermesslicher Verdienst, das Bild der offiziellen Version der Ereignisse des G20-Gipfels durch hartnäckige Aufklärungsarbeit korrigiert zu haben, für all dies sind Dir nicht nur die hier heute zusammengekommenen, sondern viele, viele Menschen in dieser Stadt dankbar.

Es ist ein Dank, für all das, was Du getan hast, es ist aber auch ein Dank dafür, was Du nicht getan hast, nämlich Dich allein auf offizielle Verlautbarungen zu verlassen. Du bist auf die Straße gegangen, warst auf unzähligen Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen vor Ort, egal ob Großdemo oder die kleine Kundgebung einer aktivistischen Gruppe, hast zugehört, das Gespräch gesucht.

Die letzten zwölf Jahre haben Dir in politischer Hinsicht viel abverlangt.

Karl Kraus hat einmal geschrieben, er und seine Öffentlichkeit verstünden sich ganz gut: Er sage nicht, was man von ihm hören wolle, und eigentlich höre niemand auf das, was er sage. Ich glaube, dass Du in den ersten Jahren Deiner parlamentarischen Arbeit sehr viele dieser Karl-Kraus-Momente hattest. Dass die sich aber, glaube ich, verringert haben, ist sicherlich Deiner klaren politischen Haltung zu verdanken, dass Du natürlich bis heute nicht sagst, was die Menschen hören wollen, dass aber immer mehr Menschen auf das gehört haben, was Du gesagt hast, weil Du mit Deiner politischer Arbeit und Deinen Argumenten überzeugen kannst.

Ein Beleg dafür, dass ich hier nicht nur freundliches Süßholz raspele, ist die Tatsache, dass in den vergangenen Wochen in zahlreichen Artikeln und Beiträgen auch in Medien, die nicht unbedingt für allzu große Nähe zur Linkspartei bekannt sind, Deine politische Arbeit gewürdigt wurde – und zwar nicht, weil

Du in den Jahren etwa Überzeugungen aufgegeben hättest, sondern weil Du ein ums andere Mal überzeugen konntest. Dass diese freundlichen Würdigungen im Übrigen auch nicht nur davon genährt sind, dass eine lästige Nervensäge die parlamentarische Bühne endlich verlässt, hat etwas mit verdienter Anerkennung zu tun.

Es ist eine Anerkennung für Deine Arbeit, aber auch für Deine Person, Christiane, wie sie am 31. Mai 2018 in der Kulturkirche in Altona anlässlich der Bürgeranhörung des Bürgerschaftssonderausschusses zum G20 erlebbar war: Am Ende der damaligen Anhörung durften die Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerschaftsparteien ein kurzes Abschlussstatement abgeben. Du bist die Einzige gewesen, deren Worte von den Anwesenden mit Applaus bedacht worden sind. Ich finde, dass sich damit schon damals eine Anerkennung ausgedrückt hat, auf die Du stolz sein darfst, die ungebrochen ist und die nicht nur hier und heute viele teilen.

Die außerparlamentarische Bewegung ist vielfältig und bunt, das zeigen ja auch die vielen unterschiedlichen Aktivist_innen, die heute zu Deinem Abschied gekommen sind, und sie ist vielstimmig. Ich persönlich stehe für den Teil der außerparlamentarischen Bewegung, der weniger bunt ist, der gerne meinungsstark auftritt, aber mit Anerkennung eher geizt. Nun ist es so, dass diese kollektive Bewegung keine Sprecher oder Sprecherinnen will und es für mich an dieser Stelle deswegen jetzt einfach ist, wenn ich als sozusagen private Person Dir Dank und Anerkennung u.a. dafür ausspreche, dass Du Dich z.B. auf Demonstrationen mit massiver Polizeipräsenz gezeigt hast und Dich dort immer wieder auch gefährlichen Situationen der Ausübung unmittelbaren staatlichen Zwangs ausgesetzt gesehen hast. Nicht wenige haben das als selbstverständlich hingenommen, ich danke Dir dafür heute.

Dir wurde in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit gerne ein unkritisches Verhältnis zur »linksextremen« Gewalt und »linksextremen« Szene vorgeworfen. Die Wahrheit hingegen ist, dass Du Dich immer dort, wo es für Dich notwendig und politisch geboten schien, kritisch geäußert hast, wie u.a. auch in den Diskussionen nach dem G20. Das stieß nicht immer auf Verständnis und nährte Abgrenzungsbedürfnisse. Aber darin hast Du wiederum stets deutlich gemacht, dass sich politischer Widerspruch und Solidarität nicht ausschließen, sondern Ausdruck einer integren Haltung sind.

Ich habe es schon am Anfang gesagt: Die parlamentarische Opposition in Hamburg wird nun eine sehr wichtige Stimme verlieren. Das könnte ziemlich nach Nachruf klingen. Die gute Nachricht dabei ist, dass die außerparlamentarische Bewegung nun eine wichtige Stimme wiedergewinnen wird, denn das Ende Deiner Bürgerschaftszeit ist der Anfang bzw. die Wiederaufnahme Deines politischen Engagements in den Bewegungen dieser Stadt.

Liebe Christiane, der Kampf geht weiter!

Hochgeschätzte politische Weggefährtin

Nathalie Meyer, wissenschaftliche Referentin in der Linksfraktion, über zwei Jahre mit Christiane Schneider



Mit (früheren) Mitarbeiter_innen, links Nathalie Meyer, daneben Surya Stülpe, r. Moritz Assall

Christiane Schneider war mir schon lange ein Begriff, bevor ich ihre Mitarbeiterin wurde. Auch wenn wir uns nicht persönlich kannten, habe ich sie auf allen Demonstrationen gesehen, an denen ich teilgenommen habe. Auch wenn ich selbst nicht dabei war, konnte ich sicher sein, dass ich sie später auf Fotos entdecken würde. Immer wenn in meinem politischen Umfeld Fragen zur Polizei, zum Verfassungsschutz oder zur inneren Sicherheit aufgetaucht sind, hieß es, dass man ja mal bei Christiane Schneider nachfragen könne. Im Regelfall kannte sie die Antwort und wenn sie die Frage ausnahmsweise mal nicht auf Anhieb beantworten konnte, half sie dabei, die Antworten zu beschaffen. Christiane war schon damals – wenn auch ohne persönliche Bekanntschaft – eine hochgeschätzte politische Weggefährtin.

Diese Wertschätzung hat sich, seitdem ich das große Glück hatte, für sie und mit ihr politisch zu arbeiten, nur verstärkt. Wenn ich ins Büro gekommen bin, konnte ich mir sicher sein, dass sie schon da ist. Genauso konnte ich mir sicher sein, dass sie noch am Arbeiten ist, wenn ich das Büro wieder verlassen würde. Hatte ich einen spannenden Text gelesen, auf den ich sie aufmerksam machen wollte, kannte sie ihn schon. Bei Gedankengängen, die mir besonders innovativ vorkamen, musste ich feststellen, dass Christiane alles schon durchdacht hatte und ihre Argumente wahlweise mit Niklas Luhmann, Karl Marx oder Hannah Arendt unterfüttern konnte. Sie schöpft aus jahrzehntelangen politischen Erfahrungen, hat unzählige Debatten in den wechselnden Zeiten geführt, verfügt über eine ungeheure Organisationserfahrung und hat in verschiedensten politischen Zusammenhängen gearbeitet. Trotzdem bleibt sie in ihrer politischen Auseinandersetzung und ihren persönlichen Positionen nicht stehen, sondern lässt sich immer auf neue Auseinandersetzungen ein, denkt gesellschaftliche Veränderungen mit und ist bereit, ihre Positionen zu überdenken und zu verändern. Und trotz dieser ganzen Lobhymnen, die man auf sie halten könnte, wehrt sie sich aus Bescheidenheit mit Händen und Füßen dagegen, dass sie gehalten werden.

Ich bin mit meiner Wertschätzung auch keineswegs alleine: In den meisten außerparlamentarischen, linkspolitischen Kreisen – selbst, wenn sie ein kritisches bis ablehnendes Verhältnis gegenüber dem Parlamentarismus haben – genießt sie ein hohes Vertrauen, nicht zuletzt, weil sie nie zu ihnen auf Abstand gegangen ist. Sie fühlt sich ihnen zugehörig, ist immer ansprechbar, verbindlich, hilfsbereit, auf Augenhöhe und voller Achtung für die außerparlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen. Sie hat sich – da kommen ihre jahrzehntelangen politischen Erfahrungen zum Tragen – nie von Distanzierungsforderungen und Spaltungsversuchen treiben lassen, sondern sich immer kritisch, aber gleichermaßen solidarisch verhalten.

Doch Wertschätzung kam auch aus ganz unerwarteten Kreisen, denn Christiane wird von ihren politischen Gegner_innen ernst genommen und respektiert. Das hat meiner Einschätzung nach vor allem zwei Gründe: Zum einen ist Christiane unglaublich fleißig. Sie ist immer bestens vorbereitet, hat alles durchdacht, jeden Text zum Thema gelesen, sich Argumentationen bereitgelegt, Gegenargumente antizipiert und widerlegt und natürlich mit Betroffenen gesprochen, kurz, eine Strategie entwickelt. Den persönlichen Preis, den die damit einhergehende 60- bis 80-Stunden-Woche gekostet hat, hat sie in Kauf genommen. Zum anderen ist Christine im persönlichen Umgang immer fair. Selbst in den verbittertsten politischen Konflikten behandelt sie alle Menschen auf Augenhöhe, menschlich einfühlsam und mit Respekt.

Für die linke Politik in Hamburg ist es großes Glück, dass wir alle auf ihre Fähigkeit, die Grenzen, zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik zu überwinden, nicht verzichten müssen. Denn ihr Abschied aus der Bürgerschaft ist zwar ein herber Verlust für das parlamentarische Wirken in Hamburg, aber ein großer Gewinn für die außerparlamentarische Bewegung, in der sie zukünftig weiter aktiv sein wird.

Kulturtipp: Alles fällt aus, aber ...



Hintergrundfoto: Michael Joho

Ja, die Coronakrise reißt auch in die Kommunikation zwischen den Menschen und die kulturelle Betätigung ein Loch nach dem anderen. Quasi alles an Veranstaltungen ist seit Wochen abgesagt, und das wird auch so bleiben, z.B. werden die hamburgischen Theater bis zum Saisonende Ende Juni nicht mehr öffnen.

Dafür bemühen sich aber viele Einrichtungen um digitale Ersatzangebote, teilweise kostenfrei, wie z.B. in Form von virtuellen Rundgängen durch die Museen der Welt, des (befristeten) Online-Zugangs zu den Beständen der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen (<https://www.buecherhallen.de/blog-artikel/online-kundenkarte.html>) oder der Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky (<https://katalog-plus.sub.uni-hamburg.de/>). Interessant ist sicher auch Hamburgs erstes »Nicht-Festival: Keiner kommt, alle machen mit« am 12. Mai (www.keinerkommt.de). Und vieles mehr.

Wir wollen hier vor allem auch Werbung für die gewerkschaftlichen Aktivitäten am bevorstehenden 1. Mai machen. Eine öffentliche Demonstration oder auch nur Kundgebung auf Straßen und Plätzen wird es dieses Mal nicht geben,

»denn«, so die DGB-Vorsitzende Katja Karger, »wegen Corona heißt Solidarität auch: Abstand halten. Selbstverständlich findet der 1. Mai trotzdem statt und wir Gewerkschaften sind sichtbar: das Internet ist schließlich auch öffentlicher Raum und die Datenautobahn eine Straße.«

Gesagt, getan, am Samstag, den 1. Mai, begehen wir also den Kampf- und Feiertag der Arbeiter_innenbewegung auf virtuelle Weise, nämlich an den heimischen Apparaten. Ab 11 Uhr gibt es den ganzen Tag über einen **bundesweiten DGB-Livestream** mit Live-Acts von Künstler_innen, mit Talks und Interviews sowie Solidaritätsbotschaften aus ganz Deutschland. Mit dabei sind u.a. MIA., Konstantin Wecker, Jocelyn B. Smith, Sarah Lesch, Heinz Rudolf Kunze, Thorsten Stelzner, Friederike Kemper, Dota, Ute Lemper und Felix Räuber.

Bereits ab 10.30 Uhr sendet der Hamburger DGB unter dem diesjährigen Motto des 1. Mai, »Solidarisch ist man nicht alleine«, eine 20minütige Online-Kundgebung: www.hamburg.dgb.de. Über weitere Aktivitäten rund um den 1. Mai ist mehr unter diesen Links zu erfahren: www.dgb.de/erster-mai-tag-der-arbeit und www.hamburg.dgb.de/1-mai-2020.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095